



## FÜNFTER PUNKT DER TAGESORDNUNG

**Das vorgeschlagene konsolidierte  
Seeschifffahrtsübereinkommen:  
Ein Fortschrittsbericht****Vierte Tagung der Hochrangigen  
Dreigliedrigen Arbeitsgruppe für  
Arbeitsnormen in der Seeschifffahrt**  
(Nantes, 19. bis 23. Januar 2004)

1. Dem Ausschuß für Rechtsfragen und internationale Arbeitsnormen wurden bereits Berichte über die drei vorangegangenen Tagungen der Hochrangigen dreigliedrigen Arbeitsgruppe für Seeschifffahrt (HLTWG) und ein Informationspapier über Fortschritte vorgelegt. Auf Einladung der Regierung Frankreichs hielt die HLTWG vom 19. bis 23. Januar 2004 eine vierte Tagung in Nantes ab. Der in der Vorlage TWGMLS/2004/17 enthaltene Bericht dieser Tagung kann auf der Website der IAO eingesehen werden <sup>1</sup>.
2. Im Bericht des Amtes an den Ausschuß über die dritte Tagung des HLTWG <sup>2</sup> wurde festgestellt, daß zu bestimmten Elementen der Struktur des vorgeschlagenen konsolidierten Seeschifffahrtsübereinkommens noch Einvernehmen erzielt werden muß und daß es noch wichtige und teilweise problematische Bereiche in den vier die Arbeitsnormen in der Seeschifffahrt darstellenden Titeln des Übereinkommens gibt, die noch nicht vollständig diskutiert worden sind. Auf der vor kurzem abgehaltenen vierten Tagung wurde zum genauen Status der Bestimmungen im nichtbindenden Teil des Übereinkommens, namentlich zu denen in Teil B des Kodex, ein Kompromiß erzielt. Zu einigen anderen schwierigen Fragen allgemeiner Art wurde vorgeschlagen, das Amt sollte im Hinblick auf die Ausarbeitung geeigneter Bestimmungen, die baldmöglichst zu behandeln sind, die notwendigen Kontakte für Konsultationen der interessierten Parteien untereinander herstellen.
3. Die Diskussionen auf der vierten Tagung, die sich hauptsächlich mit dem Inhalt der fünf Titel des Übereinkommens befaßten, wurden vier Arbeitsgruppen übertragen, die dem Ple-

<sup>1</sup> Siehe [www.ilo.org/public/english/dialogue/sector/sectors/mariti/consol.htm](http://www.ilo.org/public/english/dialogue/sector/sectors/mariti/consol.htm). Mitglieder des Verwaltungsrats können auf Wunsch eine Kopie des Berichts erhalten.

<sup>2</sup> GB.288/LILS/8, Nov. 2003.

num der HLTWG Bericht erstatteten. Die ersten vier Titel stellen die Arbeitsnormen in der Seeschifffahrt in den verschiedenen Fachbereichen dar. Mit Ausnahme des Bereichs des sozialen Schutzes wurden die meisten Bestimmungen in diesen Titeln erörtert, ein Konsens wurde erzielt, und Aspekte, die einer weitergehenden Erörterung bedürfen, wurden festgehalten. Zwar bestand allgemein Einvernehmen, daß das Recht auf sozialen Schutz im Übereinkommen behandelt werden sollte, die Diskussion machten jedoch deutlich, daß ein radikal anderer Ansatz erforderlich ist, da hinsichtlich der grundlegenden Wege, wie dieses Recht verwirklicht werden kann, große Meinungsunterschiede bestehen. Große Fortschritte wurden bei den Bemühungen um Einvernehmen zum fünften Titel des Übereinkommens erzielt, das sich auf Einhaltung und Durchsetzung der Normen in den anderen vier Titeln bezieht. Es stand allerdings nicht genug Zeit zur Verfügung, um Titel 5 vollständig zu erörtern.

4. Zwar war es der vierten Tagung nicht möglich, das gesamte Übereinkommen zu behandeln, die Diskussionen haben jedoch allgemein dazu geführt, die Bereiche, in denen möglicherweise noch Uneinigkeit herrscht, einzugrenzen und so die Tätigkeit der Vorbereitenden technischen Seeschifffahrtskonferenz zu erleichtern, die vom 13. bis 24. September 2004 veranstaltet wird. Um die Vorbereitende technische Konferenz in die Lage zu versetzen, sich auf die Beilegung von strittigen Punkten zu konzentrieren und überflüssige Diskussionen von Bestimmungen zu vermeiden, die im Verlauf jahrelanger Diskussionen in der HLTWG und ihrer Untergruppe bereits ein sehr fortgeschrittenes Stadium erreicht haben, hat die Hochrangige Arbeitsgruppe eine EntschlieÙung angenommen, die dem Verwaltungsrat die allgemeinen Linien einer geeigneten Vorgehensweise empfiehlt. Der Text der EntschlieÙung ist in Anhang I dieses Berichts wiedergegeben. Die HLTWG empfahl, daß:
  - 1) das Amt ersucht werden sollte, der Vorbereitenden technischen Konferenz auf Grundlage der Ergebnisse der wichtigen vorbereitenden Arbeiten, die im Rahmen der Hochrangigen dreigliedrigen Arbeitsgruppe durchgeführt worden sind, einen Urkundenentwurf vorzulegen;
  - 2) der Urkundenentwurf anzusehen sei als ein Text, der ausgereifte Bestimmungen enthält, zu denen in vielen Fällen ein Konsens erzielt worden ist;
  - 3) sich die Vorbereitende technische Konferenz zunächst mit den Bestimmungen befaÙt, die im Urkundenentwurf in eckige Klammern gesetzt worden sind;
  - 4) die Vorbereitende technische Konferenz sich in einem zweiten Stadium mit Vorschlägen zum Urkundenentwurf befaÙt, die ausreichende Unterstützung finden.
5. Die HLTWG empfahl ferner, der Verwaltungsrat möge die notwendigen Schritte für die sich ergebende Anpassung der Geschäftsordnung für die Vorbereitende technische Seeschifffahrtskonferenz treffen. ***Sollte der Ausschuß mit den Empfehlungen der HLTWG einverstanden sein, möge er dem Verwaltungsrat empfehlen, das Verfahren der Vorbereitenden technischen Konferenz der Geschäftsordnung zu unterwerfen, die in Anhang II dieses Berichts vorgeschlagen wird, mit etwaigen Änderungen, die der Ausschuß gegebenenfalls für zweckmäßig erachtet.***
6. Zwei an der HLTWG teilnehmende Regierungsvertreter sprachen darüber hinaus die Frage der längeren Inhaftierung von Besatzungsmitgliedern und eines Bergungskapitäns an, denen die Ausreise aus Pakistan verweigert wurde, nachdem das Schiff M/V „TASMAN SPIRIT“ am 27. Juli 2003 an der Hafeneinfahrt von Karachi versehentlich auf Grund gelaufen war. In einer Erklärung, die im Anhang des Berichts der Tagung wiedergegeben ist, spricht die HLTWG den Opfern des unbeabsichtigten Aufgrundlaufens, auch den

Besatzungsmitgliedern und dem Rettungskapitän, sein Mitgefühl aus und äußerte die Hoffnung, die pakistanischen Behörden würden sie freilassen und ihre Repatriierung ermöglichen. Die HLTWG stellte fest, daß die Regierung Pakistans auf der Tagung nicht vertreten war. Die Erklärung schließt mit an den Generaldirektor und den Verwaltungsrat gerichteten Ersuchen. Im Fällen dieser Art wird das Amt im Rahmen der Grenzen seiner Zuständigkeit auf eine Weise tätig, die in den Ersuchen skizziert wird. In diesem besonderen Fall hatte das Amt die Angelegenheit bereits bei der betreffenden Regierung angesprochen. Es hat jetzt die von den Mitgliedern der HLTWG geäußerte Sorge übermittelt. Das Amt wird den Verwaltungsrat über die weitere Entwicklung unterrichten.

Genf, 5. Februar 2004

*Zur Beschlußfassung:* Absatz 5.

## Anhang I

### **Resolution concerning the text of the first draft consolidated maritime labour Convention to be submitted to the Preparatory Technical Maritime Conference (13-24 September 2004)**

The High-level Tripartite Working Group on Maritime Labour Standards,

Having been convened in accordance with a decision taken by the Governing Body of the International Labour Office at its 280th Session (March 2001), and having met in its fourth session held in Nantes, France from 19 to 23 January 2004,

Noting the decision taken by the Governing Body at its 286th Session (March 2003), to hold a Preparatory Technical Maritime Conference from 13 to 24 September 2004,

Further noting its decision that the Preparatory Technical Maritime Conference should discuss, and make recommendations concerning an instrument to consolidate maritime labour standards on the basis of a draft to be submitted to it by the Office,

Considering the considerable preparatory work that has been undertaken during the last four sessions of the High-level Tripartite Working Group and of the two sessions of its Subgroup as well as the number of reports that have been prepared by the Office to serve as a basis for discussions;

Adopts this twenty-third day of January 2004 the following resolution:

The High-level Tripartite Working Group on Maritime Labour Standards recommends to the Governing Body of the ILO that:

1. the Office be requested to submit to the Preparatory Technical Maritime Conference a draft instrument based on the results of the important preparatory work undertaken in the framework of the High-level Tripartite Working Group;
2. the draft instrument be considered as containing mature provisions on which consensus has been reached on a significant number of provisions;
3. the Preparatory Technical Maritime Conference deal in the first place with the provisions included in the draft instrument which are placed inside square brackets;
4. the Preparatory Technical Maritime Conference, in the second stage, deal with proposals concerning the draft instrument which have sufficient support;
5. it take the necessary measures for the adjustment of the Standing Orders of the Preparatory Technical Maritime Conference.

## Anhang II

### Preparatory Technical Conference on Maritime Labour Standards

#### Proposed Standing Orders

##### ARTICLE 1

###### *Composition*

1. The Conference shall be composed of the delegates appointed by each of the States Members invited by the Governing Body to participate. Each State Member is invited to appoint three delegates (one Government delegate, one Shipowners' delegate, and one Seafarers' delegate).
2. The Governing Body shall be represented at the Conference by a tripartite delegation.
3. Each delegate may be accompanied by advisers. The advisers accompanying a delegate shall have the right to take part in the discussions and to vote under the same conditions as the delegate, unless the delegate indicates otherwise in a written note to the Secretary-General.

##### ARTICLE 2

###### *Officers of the Conference*

1. The Officers of the Conference shall consist of a President and three Vice-Presidents (one from each group), and three representatives of the Governing Body. It shall be the duty of the Officers to arrange the programme of the Conference, to set the date, time and agenda of the plenary sessions, and to draw up proposals regarding the establishment and composition of other committees.
2. The President shall preside over the sittings of the Conference. The Vice-Presidents shall preside in turn over the sittings or parts of sittings at which the President cannot be present.
3. The President shall direct the debates, maintain order, ensure the observance of the Standing Orders, accord or withdraw the right to address the Conference in accordance with the provisions of these Standing Orders, put questions to the vote and announce the result of the vote.

##### ARTICLE 3

###### *Secretary-General of the Conference*

The Director-General of the International Labour Office or a person appointed by him for that purpose shall act as the Secretary-General of the Conference.

##### ARTICLE 4

###### *Committees*

1. The Conference shall appoint a Steering Committee consisting of the Officers of the Conference, four Government delegates, two Shipowners' delegates and two Seafarers' delegates, representing each of the three groups. It shall be the duty of the Steering Committee to arrange the programme of the committees, to fix the date, time and agenda for the committees, and to report to the Conference on any other questions requiring a decision for the proper conduct of business or in implementation of these Standing Orders.
2. The Conference may appoint other committees or working parties after due notice has been given to the three groups.

## ARTICLE 5

*Admission to sittings*

The sittings of the Conference and its committees shall be public unless it is otherwise decided.

## ARTICLE 6

*Right to participate in the work of the Conference*

1. Observers from non-member States who have been invited by the Governing Body may participate in the proceedings without a vote.
2. Representatives of official international organizations which have been invited by the Governing Body to be represented at the Conference may participate in the proceedings without a vote.
3. No delegate, adviser or observer shall address the Conference without having asked and obtained the permission of the President.
4. The President may require speakers to resume their seats if their remarks are not relevant to the subject under discussion, or if they go over the time limit established by the Officers of the Conference.
5. The President may, in agreement with the Vice-Presidents, permit representatives of non-governmental international organizations with which the International Labour Organization has established consultative relationships, and representatives of other non-governmental international organizations which have been invited by the Governing Body to be represented at the Conference, to make or circulate statements for the information of the Conference on questions which are being examined by the Conference. If agreement cannot be reached, the matter shall be referred to the Conference for decision without discussion.

## ARTICLE 7

*Amendments, motions and resolutions*

1. Amendments, motions and resolutions may be discussed only if they have been seconded.
2. (1) Motions as to procedure may be moved verbally and without previous notice. They may be moved at any time, except after the President has called upon a speaker and before the speaker has terminated his or her speech.  
(2) Motions as to procedure include the following:
  - (a) a motion to refer the matter back;
  - (b) a motion to postpone consideration of the question;
  - (c) a motion to adjourn the sitting;
  - (d) a motion to adjourn the debate of a particular question;
  - (e) a motion that the Conference proceed with the next item on the agenda for the sitting;
  - (f) a motion to ask for the opinion of the President, the Secretary-General or the Legal Adviser of the Conference;
  - (g) a motion for the closure of the discussion.

3. Amendments and resolutions other than motions as to procedure must be submitted in writing in one of the official languages of the Conference. They must be translated and distributed before the discussion.
4. The Steering Committee shall, taking into account the recommendations of the Governing Body, establish time limits for the submission of amendments to the proposed instrument and the order and procedure for the examination of such amendments.
5. Only amendments to amendments already submitted under the conditions referred to above may be submitted without prior distribution.
6.
  - (1) Amendments shall be voted on before the resolution to which they refer.
  - (2) If there are several amendments to a motion or resolution, the President shall determine the order in which they shall be discussed and put to the vote.
  - (3) If a motion or resolution is amended as the result of a vote, that motion or resolution as amended shall be put to the Conference for a final vote.
7.
  - (1) Any amendment may be withdrawn by the person who moved it, unless an amendment to it is under discussion or has been adopted.
  - (2) Any amendment so withdrawn may be moved again without previous notice by any other delegate to the Conference.
8. No draft resolution shall be receivable unless it relates to the subject of the Conference.

#### ARTICLE 8

##### *Closure*

1. Any delegate may move the closure either on a particular amendment or on a general question.
2. The President shall put a motion for the closure to the vote if it is supported by at least one-fifth of the delegates present at the sitting. Before putting it to the vote, however, the President shall read out the names of those persons who have already indicated their wish to speak.
3. If application is made for permission to speak against the closure, it shall be accorded to one speaker from each group at the request of the chairperson of the group. If the closure is voted, one speaker from each group may, at the request of the chairperson of the group, speak on the question under discussion.

#### ARTICLE 9

##### *Voting and quorum*

1. Subject to the provisions of article 13, paragraph 4, of the Constitution, every delegate shall be entitled to vote individually on all matters which are under consideration by the Conference.
2. The votes of Shipowners' delegates and Seafarers' delegates shall be weighted so as to ensure that each of these two groups has half the voting power of the total number of governments represented at the Conference and entitled to vote.
3. Decisions shall be taken by a simple majority of the valid votes cast.
4. A vote shall not be considered valid if the number of votes cast, in favour or against, amounts to less than half the total voting power.
5. The Conference shall vote by show of hands.

6. If the result of a vote by show of hands is challenged, the President shall cause a record vote to be taken.
7. No amendment, motion or resolution shall be adopted if an equal number of votes is cast for and against.

ARTICLE 10

*Languages*

1. The International Labour Office shall make arrangements for the interpretation of speeches and translation of documents into and from French and English in order to meet the convenience of delegates, subject to the availability of facilities and staff.
2. The report and the conclusions of the Conference shall be established in English, French and Spanish.

ARTICLE 11

*Standing Orders of committees*

1. These Standing Orders shall apply, *mutatis mutandis*, to committees.
2. The Conference shall have the right, if it deems it to be necessary, to appoint a drafting committee comprising one delegate from each of the three groups, as well as the Secretary-General of the Conference and the Legal Adviser or their representatives.
3. The Conference or a committee may entrust the task of drafting any decision or text to the drafting committee in order to formulate it in the appropriate way.

ARTICLE 12

*Conference groups*

1. Subject to the Standing Orders, each group shall control its own procedure.
2. At its first meeting, each group shall elect a chairperson, at least one vice-chairperson and a secretary. The chairperson and vice-chairperson or vice-chairpersons shall be elected from among the delegates or advisers constituting the group; the secretary may be selected from persons outside the group.
3. Each group shall hold official meetings for:
  - (a) nominations required in pursuance of these Standing Orders, such as nomination of Vice-President of the Conference and nomination of members of committees or working parties;
  - (b) any other matter referred to groups by the Steering Committee or the Conference.